



Sichere Zukunft von Karstadt erfordert eine andere Politik

Pressemitteilung von Sabine Zimmermann, 08. Juni 2010

"Mit dem neuen Investor ist die befürchtete Zerschlagung des Warenhauses noch nicht vom Tisch. Aber das wäre eine wichtige Nachricht für die vielen Beschäftigten und Kunden von Karstadt", so Sabine Zimmermann zur Entscheidung des Gläubigerausschusses der insolventen Kaufhauskette Karstadt für den Investor Berggruen. Die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE weiter:

"Eine sichere Zukunft von Karstadt erfordert auch eine andere Politik. Denn die Krise bei Karstadt war und ist auch eine Folge des mörderischen Preis- und Verdrängungskampfes im Einzelhandel, die die Politik mit verursacht hat. Durch gesetzliche Änderungen wurden ungezügelter Rabattschlachten ermöglicht, die Ladenöffnungszeiten freigegeben und mit dem Lohndrückerprogramm Hartz IV die Binnennachfrage abgewürgt.

Statt einem Sparpaket brauchen wir eine Erhöhung der Löhne und Sozialleistungen sowie eine Regulierung des Einzelhandels. Das steigert die Nachfrage und unterbindet unfairen Wettbewerb.

Andernfalls halten das Preisdumping und der Vormarsch von Billigjobs an. Und Warenhäuser, die Gehälter nach ordentlichen Tarifverträgen bezahlen und feste Beschäftigte nicht durch prekäre Beschäftigte und Scheinselbständige ersetzen, geraten weiter unter Druck.

Ferner bleibt DIE LINKE dabei: Fließen staatliche Unterstützungsgelder, dürfen keine Arbeitsplätze verloren gehen, Steuergelder nicht in die Taschen der Aktionäre fließen. Beteiligungen müssen zudem der öffentlichen Hand und der Belegschaft Einfluss auf die Geschäftspolitik garantieren.“